

Die Regierung im neuen Reichstag keine Mehrheit finden werde, einen zweiten Regierungswechsel zu verhindern.

Das ist deutlich gesprochen. Die von Papen und Schleicher wollen gemeinsam mit Hitler und seinen wieder legalisierten Märtgruppen unter noch stärkerer Ausbeutung des Reichstags 48 regieren, den Reichstag sollte aushalten und ein sozialistisches Waffengesetz schaffen gegen die Millionen Werktätigen aufzutragen, um die Inflationspläne ihrer kapitalistischen Waltungsgesellschaft durchzuführen. Dabei spielt die legitime Vorbereitung zum imperialistischen Krieg eine auslösende Rolle und mit weilen die Massen der Arbeiterschaft immer wieder darauf hin, daß das die entscheidende Kraft ist, die zum Regierungswechsel geführt hat.

Angeschlossen dieser Blutpläne heißt es für die Arbeiterschaft, ihre Antifaschistische Aktion auf der ganzen Linie zu entfalten. Wer da meint, daß sich das Proletariat Deutschlands unter einem Regiment nationalsozialistischer Führer dastehen würde, täuscht sich. Hier kann es nur eins geben: Entschlossener Kampf aller sozialdemokratischen, kommunistischen und parteilosen Arbeiterschaft Einheitsauschluß der Antifaschistischen Aktion und roter Maienfeierlichkeiten in Betrieben, Stempelstellen und Arbeitervierteln — dann werden die regierenden Blaublütigen ihr blaues Wunder erleben ...

Danziger Landarbeiter im Streit

Im Kreisamt Danzig ist ein Landarbeiterkreis gegen die niedrigen Alttorfböhne ausgebrochen, der sich immer mehr verbreitet. Insgesamt stehen 18 landliche Orte mit 700 Landarbeitern im Streit.

In einigen Ortschaften muhten die Geschäftsräte vor der geschlossenen Front der Streitenden zurückweichen und die Fortsetzung des Arbeiters bewilligen.

Der sächsische Finanzminister begründet den Hungeretat der Schiedregierung!

Entlastungen auf Kosten der breiten Schichten des werktätigen Volkes

In der Sonntagsausgabe des Vortages stand nur die Reaktion des Finanzministers Höhne über die Regierungsvorlage, den Staatshaushaltspunkt 1932 betreffend, zur Tagesordnung:

Der Finanzminister Schieds verlas in einer Stunde seine Rede, mit der er die Unserlichkeit weiterziehender Sozialmaßnahmen im Ausgabebetrag des Vortages nachgewiesen bemüht war.

Ungeheure Steuerrückgänge

Der Finanzminister erklärt, daß beim Vergleich eines einzigen Kapitels der veränderten Steuern mit einem

Steuerausfall von rund 51,1 Millionen Mark

gerechnet werden muß und bei den sonstigen Einnahmen, besonders bei den Renten, den gewerblichen Betrieben des Staates und den Betriebskassen des Staates als Unternehmungen, mit einem Ausfall von rund 5 Millionen Mark zu rechnen ist.

Entsprechend dieser Steuerrückgangsumlage müssen die verschobenen Staatshilfen rückläufig geführt. Er weiß noch darauf hin, daß über die zu erwartenden Steuerrückgänge hinaus noch 12,5 Prozent des Aufwands der laufenden Aufzehrungsbesteuer im Jahre 1932 zur Bildung eines Fonds zur Umwidmung der Gemeinden verwendet werden muß und deshalb aus dem Haushaltspunkt herausfällt.

Nahezu 50 Millionen durch Gehaltskürzungen gespart

Bei der Behandlung der Ausgabenverordnung bestätigte sich dann der Minister mit den Gesamtausschreibungen, die eine Einsparung des Staates von jährlich 47,9 Millionen Mark ermöglichen. Nach seinen Vorlaufen hat die im Mai 1931 eingeschriebene erste Gesamtausschreibung einen Wiederantritt von 13,1 und die zweite einen solchen von 13,7, die dritte einen solchen von 7,9 und die vierte einen solchen von 13,2 Millionen Mark erbracht. Bei dieser Gesamtausschreibung handelt es sich vor allen Dingen um die Beamten, Lehrer und Angestellten, so wie die Verwaltungsbürokratie. Allein bei den Verpflegungsbezügen hat die Schiedsregierung den Beitrag von 5,7 Millionen Mark gegenüber dem Vorjahr gekürzt.

Über die Gehaltskürzungen hinaus wurde der untere Beamten- und Angestelltenkörper um insgesamt 716 Röpte vermindert.

Defizit mit „erholten“ Reichsgeldern „gedeckt“

Trotz weitgehender Senkung bei allen sozial- und kulturell-politischen Kapiteln des Staates, auf die wie im Bereich der Haushaltssubstanz über den Haushaltspunkt noch ausführlich zu zukommen werden, soll das noch verbleibende Defizit von 22,8 Millionen Mark nach den Darlegungen des Finanzministers auf folgende Weise gedeckt werden, daß der sozialistische Staat die vom Reich zu beantragenden Mitteln für die Reichshaushaltbildung noch in diesen Jahren einzulagern will.

Eine hohe Hoffnung, wenn man berücksichtigt, daß leicht der Finanzminister in der Einleitung seiner Rede darauf hinweist, daß die Finanzlage des Reiches ebenso katastrophal ist, wie 18 den Kämpfern.

289,5 Millionen Mark Staatsschulden

Zum weiteren Verlust seiner Röpte wie der Minister darauf hin, daß die Verschuldung des sozialistischen Staates nach dem Stand vom 31. Mai 1932 die Höhe 289,5 Millionen Mark betrage, wovon unter sich nur 57,2 Millionen Mark langfristige Schulden befinden, während der übrige Betrag kurzfristige Schulden sind. Für die Vergütung und Tilgung dieser Schulden müßt jährlich der Betrag von 23,5 Millionen Mark aufgebracht werden, was ein Viertel von 2,5 Millionen Mark gegenüber dem vorjährigen Haushalt ist.

Ganze 2 Millionen für die Arbeitslosen

Für die produktiven Erwerbstätigenfürsorge kam im vorliegenden Haushaltspunkt ganze 2 Millionen Mark vorbereitet und der Minister erklärte, daß bei den „bedürftigen“ Mitteln des Staates eine größere Summe nicht eingelegt werden könne. Nur die Arbeitslosenpläne aber will die Regierung eine weitere Million zur Vergütung stellen, die im Zusammenhang mit der Durchführung bauunternehmerischer Planungen zu Waller und Straßenbauwerken verwandt sollen. Diese Arbeiten wurden zu dem „Haushaltspunktmäßigen Bauprogramm“ zusammengefaßt, zu dessen Durchführung 5 Millionen Mark erforderlich sind. Aber auch diese „Arbeitsbeschaffung“ kann nur dann durchgeführt werden, wenn 4 Millionen aus den verlorenen Reichsschulden wieder erreicht werden können. Und dieses Haushaltspunktmäßige „Bauprogramm“ könnte dann ganz 3000–3500 Arbeitslosen Beschäftigung geben.

Um „Zusammenhang damit“ nennt es der Finanzminister „produktive Erwerbstätigenfürsorge“, wenn aus den Mitteln des 1932 beschafften und Industrieplänen gebunden werden und im

Belegschaft von Riedel & Engelmann, Dresden, begrüßt Antifaschistische Aktion

Betriebe machen mobil!

Für Abschaffung des Kontrollzettel-Systems und gegen Entlassung von Arbeitern

In einer am 1. Juni stattgefundenen Belegschaftsversammlung der Schuhfabrik Riedel & Engelmann wurde nach eingehender Aussprache folgende Resolution angenommen:

„Die heute versammelten Kollegen und Kolleginnen der Firma Riedel & Engelmann verlangen die sofortige Abschaffung des Kontrollzettelsystems und sofortige Aufhebung jeder Art von Entlassungen.“

Sie erklären sich bereit, alles zu tun, um der Betriebsarbeiterinnenkonferenz am 17. Juli 1932 einen vollen Erfolg zu sichern.

Sie begrüßen die von der Kommunistischen Partei eingesetzte Antifaschistische Aktion und geloben, die geleistete Belegschaft für diese Frage zu mobilisieren.“

Die Arbeiter und Arbeiterinnen von Riedel & Engelmann hoffen im Rahmen der Antifaschistischen Aktion vor und stellen ihre betrieblichen Forderungen auf. Damit haben sie den ersten Schritt getan, um den Kampf gegen das soziale Hungerfestival aufzunehmen. Jetzt dringt es, den nächsten Schritt zu tun, den Kollektivanschlag der Belegschaft an die Antifaschistische Aktion zu beteiligen und einen Einheitsauftakt zu bilden. Das gilt aber auch für alle Betriebe.

Belegschaften, AGO-Gruppen vor die Front! Belegschaften! Diskutiert mit den sozialdemokratischen, gewerkschaftlichen und allen uns noch fernstehenden Freunden! Gemeint ist für die kämpfende Einheitsfront, für die sozialistische Aktion!

Einheitsausschuß für Antifaschistische Aktion gebildet

In einer aufgeladenen Versammlung in Rathausstrasse sprach der Genosse Friedrich. Es wurde eine Einheitsauftakt für den Aufruf des ZK der Kommunistischen Partei zur Antifaschistischen Aktion angenommen und ein Einheitsausschuß gebildet. Dieser besteht aus 11 Personen, davon ein Reichsbundesarbeiter, ein Kommunist und neun parteilose Arbeiter,

Massenkundgebung in Freital

Genosse Friedrich spricht vor 1400 Besuchern

Am 31. Mai fand im „Sächsischen Wolf“ in Freital eine Massenkundgebung, einberufen von der KPD. Vor 1400 Besuchern, darunter vielen SPD- und Sozialdemokraten genossen Friedrich mit der sozialdemokratischen und nationalsozialistischen Führung ab.

Zeige Künft die Nazis vor der Polizei! Es darf nicht mehr imlande, die von ihrer Führung betrieben. Sollte Schuhkapital vor den Arbeitern zu verteilen.

Zwei Resolutionen. Sie hat gegen das Verbot des sozialen proletarischen Freitags und gegen die geplante Errichtung der 8 Regierung von Scobborough richtet, die einstimmig angenommen. Es wurden mehrere Parolen gemacht und eine Sammlung durchgeführt.

Politischer Proteststreit im Wahlkreis

Die Belegschaften von vier Fabriken in Wuppertal rufen auf Protest gegen das Vorgehen der Polizei bei den Gewerbeaufmärschen gezielt in den Kreis. Die Belegschaften verließen in gezielterem Juhe die Fabriken im marschierten unter dem heiligen revolutionären Lieder ins Innere. Die Polizei ging nicht gegen die Demonstranten an wie vor an.

Hungernde marschieren in Potsdam

In Potsdam und Rixdorf bildeten sich gehörige Massen. Demonstrationen gegen die Erwerbstätigen, mit dem Ziel zusammenzutreffen, um über die Schließung der S-Bahnlinie Bezug zu nehmen. Während der Marsch durch die Gewerkschaften vor das Rathaus und forderte Unterstreichung der Käufe.

SPD macht in „schärfster Opposition“

Ein Aufruf des Parteivorstandes und was dahinter steckt

Der sozialdemokratische Parteivorstand, der vor wenigen Wochen zur Wahl Hindenburg auftrat, hat jetzt zur Erinnerung des Papen-Schleicher-Kabinetts einen Aufruf erlassen, in dem die „klare Opposition“ gegen dieses Kabinett angefordert wird.

„In dem Aufruf wird aber den Arbeitern mit seinem Wort gezeigt, daß und wie sie gegen die arbeiterfeindlichen Pläne der sozialistischen Reaktion kämpfen sollen. Der sozialdemokratische Parteivorstand gibt zu, daß die von Hindenburg beruhende Papen-Schleicher-Reaktion im Bunde mit den Nazis steht, daß sie den weiteren Abbau des Arbeiterschutzes unterstützen, weiteren Lohnabbau will, doch im ganzen Aufruf ist kein Wort darüber, daß ein wirklicher Kampf gegen Lohn- und Unterhaltungsbauern gegen alle arbeiterfeindlichen Maßnahmen geführt werden muß.“

Wir leben, daß die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer heute noch mit dem Unternehmen Vereinbarungen über neuen Lohnabbau, neue Ver schlechterungen abschließen.

Wer aber solche Vereinbarungen abschließt, die Arbeiter vom Kampf gegen Lohn- und Unterhaltungsbauern abhält und in Kampf den Streikbruch organisiert, der hilft direkt den Papen-Schleicher-Reaktion, der sozialistischen Reaktion.

Auch die SPD-Arbeiter werden mit uns der Meinung sein, daß nichts damit getan ist, wenn man in Wörtern „klare Opposition“ erlässt. Es ist notwendig die gewaltige Kampffront der Arbeiterschaft gegen den Kapitalismus, gegen den Nationalsozialismus einzuleiten.

Wer aber solche Vereinbarungen abschließt, die Arbeitern vom Kampf gegen Lohn- und Unterhaltungsbauern abhält und in Kampf den Streikbruch organisiert, der hilft direkt den Papen-Schleicher-Reaktion, der sozialistischen Reaktion.

Auch die SPD-Arbeiter werden mit uns der Meinung sein, daß nichts damit getan ist, wenn man in Wörtern „klare Opposition“ erlässt. Es ist notwendig die gewaltige Kampffront der Arbeiterschaft gegen den Kapitalismus, gegen den Nationalsozialismus einzuleiten.

Volkszeitung trauert um das „kleinere Leben“

Die Dresdner Volkszeitung, die natürlich den Aufruf ebenfalls ablehnt, lädt im allgemeinen fort, die neue Käufe ob die Zusammenfassung der politischen Käufe zu beobachten. In ihrer geistigen Ausgabe nennt sie die Käufe „Ehrenkäufe“, womit sie die „Unfähigkeit“ des neuen Reichstags beweisen will. Aber gewissermaßen als Kommentar ihres Parteivorstandes schreibt sie einen langen Artikel, in dem das, was oben über deutsche Staate zur Anwendung der Brünningregierung mit dem letzten Glotzenheit beschreibt. Die Volkszeitung schwimmt ihren Leuten vor.

„... die die Brünningregierung d. KdA bedeutete eine Anstrengung der Weimarer Parteien, um von der sozialistischen, den Tarifverträgen, den Arbeiterschutzen und der Demokratie so viel zu retten, wie die Stürme der Jahre 1929 geöffnet haben. Darum hat die Sozialdemokratie ihre Käufe toleriert und getragen.“

Abgesehen von der ungetreuen Freiheit, die Volkszeitung als Berlin mit Rettung der Sozialpolitik und der Tarifverträge hinstellen, gibt die Volkszeitung damit zu, daß sie ihres Parteivorstandes ein elementar Mollenbekämpfung ist, die SPD-Arbeiter begrenzen und ihn überzeugt, es zu tun ist, was die Volkszeitung in demselben Artikel sagt.

„... die die Brünningregierung wirklich ein kleineres Leben war.“

Im Grunde, die SPD-Arbeiter werden ihnen keine helfen, daß dies „kleineres Leben“ das glück ist, denn es kann mit der SPD-Führer Hilfe nach ihren eigenen Wünschen nicht. Statt des offenen Nationalsozialismus. Und wenn das Brünningkabinett heute von den SPD-Führern wie ein liebes Kind behandelt wird, dann eben in der Erkenntnis, daß jetzt der Brünningkabinett „kleineres Leben“ neuaugelegt und auf Papen-Schleicher-Kabinett übertragen werden muß.

Gegen diesen Vertrag des antifaschistischen Kampfes, es heißt, die Kampffront gleichzeitig werden. Es muß heute offenbart werden. Es gilt, überall rote Gewerkschaften und sozialistische Schutzwehren zu bilden. Alle Arbeiter müssen zusammenarbeiten im Kampf gegen Lohn- und Unterhaltungsbauern gegen jede Ver schlechterung, gegen jede politische Unterdrückung, gegen die Reaktion.

Bereit den politischen Mollenkrieg vor.

In die rote Einheitsfront aller antifaschistischen Arbeiterschaften müssen sich auch die Kampf gewillten sozialdemokratischen Arbeiter einsetzen.

Weltkriegszeit, Weltkriegszeit, Weltkriegszeit. Weltkriegszeit, Weltkriegszeit, Weltkriegszeit. Weltkriegszeit, Weltkriegszeit, Weltkriegszeit.

Überall Zusammenstöße mit Polizei

In Wanne-Eickel sogen etwa 250 Frauen von Gewerkschaften vor das Rathaus und forderten Käufe und Käufe. Der Bürgermeister lehnte die Forderungen ab und holte die Polizei. Die bestellte Polizei trat in die Reihen der Frauen rücksichtslos hinein.

In verschiedenen Stadtteilen von Göttingen kam es zu schweren Hungersruhen, bei denen die Gewerkschaften sich in mehreren Lebensmittelgeschäften Lebensmittel holten. Bei den Unruhen wurden auch die Fensterläden eines Kaufhauses und einer Post eingeschlagen. Die Polizei ging mit Gummiknüppeln und Karabinern gegen die Arbeiter vor.

Weltkriegszeit, Weltkriegszeit, Weltkriegszeit.